

Bricht des Vorstandes – 24. Plenum 19.01.2022

Liebe Mitglieder des LSBB,
Werte Gäste,

Im Ergebnis der 19. Wahl des Abgeordnetenhaus am 26.09.2021 hat sich das Abgeordnetenhaus erstmals am 05.11. 2021 zur Konstituierende Sitzung des neuen Parlaments, der 1. Plenarsitzung getroffen.

Ihm gehören 147 Abgeordnete an. 96 von Ihnen sind männlich (65%), 51 sind weiblich (35%). Der älteste Abgeordnete ist 74, die jüngste ist 21 Jahre.

Der Landessenorenbeirat freut sich auf die Zusammenarbeit mit den Fraktionen des Abgeordnetenhauses, mit der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey und allen 11 Senatorinnen und Senatoren, die als Senat am 21.12. 2021 ihre Ämter angetreten haben.

Die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Frau Katja Kipping ist entsprechend Seniorenmitwirkungsgesetz, dass für Senior*innen zuständige Mitglied des Senates. Wir danken Elke Breitenbach als ehemalige Senatorin, die uns viele Jahre unterstützt hat.

Der Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis90/Die Grünen und DIE LINKE wurde am 29.11.2021 beschlossen.

Unser aller Anliegen war und ist eine stärkere politische Mitwirkung, die gesellschaftliche Teilhabe, Mitwirkung und altersgerechte Einbindung in alle Strukturen der Gesellschaft von älteren Berliner*innen befördern soll.

Wir hatten den Koalitionären Empfehlungen der Seniorenmitwirkungsgremien zu seniorenpolitischen Schwerpunkten übergeben.

Im Vorstand hatten wir uns darauf verständigt, drei zielorientierte konkrete Forderungen zu formulieren. Es sind Ziele und Vorhaben, an denen wir partizipativ 5 Jahre und länger gearbeitet haben, die in der neuen Wahlperiode realistisch und wirksam umgesetzt werden können.

Gleichzeitig haben wir alle Abgeordnete zu Ihrer Wahl gratuliert und unsere Schwerpunkte übermittelt.

Wir verwiesen darauf, dass die Evaluation des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes abgeschlossen ist und die Erfahrungen, die aus diesem Prozess gezogen werden, nun in eine **Novellierung des Gesetzes** fließen sollten.

Eine weitere Forderung bezog sich auf die Umsetzung des **Artikelgesetzes „Gutes Leben im Alter“** für Berlin. Ziel des Gesetzes soll sein, dass der § 71 des SGB XII zur Pflichtaufgabe wird.

Mit gleicher Wertigkeit thematisierten wir die verbindliche Umsetzung der **„Seniorenpolitischen Leitlinien“** durch die Verwaltung, den Aufbau einer

notwendigen Verwaltungs- und Altenhilfeinfrastruktur und die finanzielle Absicherung der aktualisierten Maßnahmen.

Nun können wir feststellen, dass all unsere Forderungen in die 149 Seiten umfassende Koalitionsvereinbarung für den Zeitraum 2021-2026 aufgenommen wurden.

So tragen auch wir dazu bei, dass der Titel: Zukunftshauptstadt Berlin. „Sozial.Ökologisch.Vielfältig.Wirtschaftsstark“ Realität werden kann.

Das ist ein großer Erfolg, für den wir uns alle eingesetzt haben.

Der LSBB unterstützt den Anspruch, Berlin zu einer vielfältigen Stadt mit einer sozialen und nachhaltigen Stadtpolitik für alle Menschen, die hier leben, besser und lebenswerter zu machen.

Zitat: „Damit sowohl die heutigen Generationen als auch nachfolgende Generationen eine Stadt vorfinden, die funktioniert, bezahlbar ist, die mit einer starken Wirtschaft gute Arbeit ermöglicht und die Herausforderungen des Klimawandels annimmt“ Zitat Ende

Auf der Vorstandssitzung des LSBB am 21.12.2021, die mit einem Hybrid- Format stattfand, haben wir uns über die weiteren Schritte verständigt.

Wir schlagen vor, dass wir uns jetzt darauf konzentrieren unsere Forderungen ins Regierungsprogramm zu bringen und sie textlich zu schärfen. So soll das Seniorenmitwirkungsgesetz nicht überprüft, sondern novelliert werden.

Das Altenhilfestrukturegesetz soll in einem Dialogprozess mit Akteuren der Altenarbeit und Altenhilfestrukturen erarbeitet werden.

Unter den Stichwörtern Soziales und Inklusion, Gesundheit und Pflege werden spezifische Aufgaben formuliert. (Auswahl)

Der LSBB nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass

- die Koalition auf Prävention als Basis der sozialen Infrastruktur in der Sozialraumorientierung umsteuert,
- das Zuwendungsrecht entbürokratisiert und sozialraumorientiert fortentwickelt wird,
- die entgeltfinanzierten Leistungen und sonstigen Leistungsverträge nach fachlichen Kriterien gesteuert werden,
- Stadtteilzentren in die Strategie der sozialraumorientierten Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe eingebunden werden,

- 38 Stadtteilzentren fortgeführt und 10 neue in der Legislatur geschaffen werden.
- die Prävention und Rehabilitation im Alter und in der Pflege gestärkt wird,
- ein Landespflegebeauftragter mit Beschwerdestelle eingesetzt wird,
- ein Ausbau der Pflegestützpunkte und Weiterentwicklung erfolgt,
- mit Kurzzeitpflegeinitiative neue Plätze geschaffen werden,
- mit geeigneten Rahmenbedingungen auch ältere und hochaltrige ihr Leben selbstbestimmt und so lange wie möglich im eigenen zu Hause führen können.
- Modellprojekte zur Prävention von Einsamkeit sowie Hilfs- und Kontaktangebote gefördert werden.

Unsere besondere Aufmerksamkeit haben Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel in der Pflege.

Der Koalitionsvertrag beinhaltet große Chancen- aber auch Risiken.

Wir werden mit Nachdruck fordern, dass die zahlreichen Prüfaufträge in Arbeitsaufträge umgewandelt und Ergebnisse erzielt werden.

Besondere Aufmerksamkeit müssen wir auf die Finanzierbarkeit der Vorhaben legen. Trotz der guten Zahlen befindet sich der neue Senat im Sparmodus. Der Finanzsenator verweist auf einen „strukturellen Defizit“. Der aufgestellte Haushaltsentwurf für dieses und nächstes Jahr soll noch im Januar überarbeitet werden. Dem Vernehmen nach, gilt es pro Jahr eine Milliarde Euro an Ausgaben zu kürzen. Das wird zu einer stärkeren politischen Priorisierung und Dämpfung der Mehrausgaben führen.

Das müssen wir immer im Blick haben und entsprechend reagieren.

Der Vorstand hat sich auch darauf verständigt, ab sofort mit allen Fraktionen zum Altenhilfestrukturegesetz ins Gespräch zu kommen. Im Januar werden Termine vereinbart und Gesprächsgruppen zusammengestellt.

Es ist z.B. die Frage zu klären, wann sich das Abgeordnetenhaus mit dem Altenhilfestrukturegesetz befassen wird? Welche Senatsverwaltung zuständig sein wird? Wie die Bezirke einbezogen werden? Wann das Seniorenmitwirkungsgesetz noveliert wird? Der Abschlussbericht über die Evaluation des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz liegt ihnen bereits vor.

Inzwischen haben sich auch die gewählten „Sozialpolitischen Sprecher*innen“ der Fraktionen gemeldet und suchen den Austausch mit uns.

Liebe Mitglieder des LSBB,
in unserer Vorstandssitzung haben wir uns auch über den Stand des Aufrufs zur
Interessenbekundung und die Bewerbungen für den LSBB ausgetauscht.

Die Frist für eine Bewerbung war bekanntlich der 14.01.2022.
Wir wollten erreichen, dass sich in den Interessenbekundungen die große Breite und
Vielfalt der Stadt widerspiegelt.

Es haben sich 19 Organisationen am Interessenbekundungsverfahren beteiligt.
Jetzt wird eine Eingangsbestätigung versendet und geprüft ob es sich um
Organisationen im Sinne des § 3 des BerlSenG handelt.
Entsprechend unseres beschlossenen zeitlichen Ablaufs, erhalten die Mitglieder am
02.03. mit der Einladung zum LSBB Plenum am 16.03. die alphabetische
Bewerberliste und alle Bewerbungen im Anhang.

Sie haben damit die Möglichkeit sich umfassend zu informieren. Gleichzeitig
unterstützt das Ihre Meinungsbildung. Auf dem Plenum am 16. März können sie auf
einem Auswahlzettel bis zu 12 Organisationen mit je einem Kreuz kennzeichnen. Es
ist keine Wahl, sondern lediglich eine Abstimmung. Das Ergebnis wird verschriftet
und an die Senatorin übergeben.

Ich möchte auf die nächsten Veranstaltungstermine hinweisen:

25.02. Abschließende Steuerungsrunde zum Altenhilfestrukturgesetz
Die AG § 71 wird ihre Tätigkeit fortsetzen und den Prozess, bis zur
Beschlussfassung des Gesetzes konstruktiv begleiten.

03.03. Sitzung des Gremiums Fußverkehr

15.02., 03.05. und 30.08. Sitzung der LGK-AG Gesundheitsziele für Ältere

Die Leitlinien-Tagung ist von der Senatsverwaltung IAS im 2. Halbjahr 2022 geplant.

Liebe Mitglieder des LSBB,

Abschließend möchte ich mit dem Satz enden: Lasst uns die gemeinsame
erfolgreiche Arbeit von LSV und LSBB fortsetzen. Diese Stadt und ihre Senior*innen
brauchen uns!

Eveline Lämmer
Vorsitzende